

## Pressemitteilung

**Sperrfrist: 20. Januar 2016 – 14.30 Uhr**

### **Die „Beratungsstelle Hessen“ des Hessischen Präventionsnetzwerks gegen Salafismus zieht Bilanz**

*Seit anderthalb Jahren erfolgreich bei der Deradikalisierung von extremistischen Jugendlichen und Syrien-RückkehrerInnen*

**Frankfurt am Main, 20. Januar 2016** – Die „Beratungsstelle Hessen – Religiöse Toleranz statt Extremismus“ des Hessischen Präventionsnetzwerks gegen Salafismus zieht nach anderthalbjähriger Tätigkeit eine positive Bilanz. Seit Aufnahme der Tätigkeit im Juli 2014 wurden 83 Workshops zur „Grundimmunisierung“ von SchülerInnen gegen extremistisch-salafistische Bestrebungen an hessischen Schulen durchgeführt. 56 Institutionen aus dem Land Hessen konnten beraten werden. 96 Angehörige von jungen Menschen, die sich radikalisiert haben, in Kriegsgebiete ausreisen wollten bzw. ausgereist oder von dort zurückgekehrt sind, wurden in einen Beratungsprozess eingebunden. Mit 73 extremistisch gefährdeten bzw. radikalisierten jungen Menschen, auch RückkehrerInnen aus Kriegsgebieten, wurde ein Deradikalisierungsprozeß begonnen. Zehn Beraterinnen und Berater waren an diesen Beratungs- und Deradikalisierungsprozessen beteiligt.

Aufgrund tendenziell steigender Fallzahlen hat sich das Hessische Innenministerium für das Jahr 2016 zu einer Aufstockung der Mittel auf 1,2 Mio. Euro entschlossen. Diese Mittel fließen in zusätzliche Stellen für BeraterInnen sowie das Modellprojekt „Den Extremismus entzaubern!“. Das Modellprojekt weitet die Präventionsarbeit an Schulen gezielt aus, um SchülerInnen vor Rekrutierungsversuchen der extremistisch-salafistischen Szene zu schützen und ihnen Handlungskompetenzen im Umgang mit Radikalisierung in der Gleichaltrigengruppe an die Hand zu geben. Zusätzlich wurde für Jugendliche mit dem niedrigschwelligen Internetangebot [www.tränen-der-dawa.de](http://www.tränen-der-dawa.de) die Thematik „religiös begründeter Extremismus“ jugendnah aufbereitet und die Kontaktaufnahme mit der Beratungsstelle erleichtert.

„Wir nehmen die Gefährdung durch den islamistischen Extremismus und Terrorismus sehr ernst. Die aktuelle Analyse zu den Syrien-Ausreisern, an der Experten aus dem Hessischen Innenministerium mitgearbeitet haben, werden wir intensiv für den Ausbau unserer Präventionsarbeit nutzen, die bereits jetzt auf große Resonanz und Akzeptanz stößt“, so Innenminister Peter Beuth (CDU).

Positiv zu vermelden sind einige bereits abgeschlossene Beratungsfälle, die aufzeigen, dass die Ansätze und Methoden von Violence Prevention Network in die richtige Richtung führen. „Am Beispiel von Mehmet (Name geändert) können wir sehen, dass eine gelungene Re-Integration möglich ist. Dazu benötigen wir auch die Unterstützung von Institutionen, wie z. B. Schulen oder Ausbildungsbetriebe, die RückkehrerInnen wieder aufnehmen“, so Thomas Mücke, Geschäftsführer von Violence Prevention Network.

## *Ausmaß des gesellschaftlichen Problems*

Laut Bundesamt für Verfassungsschutz sind bis Ende 2015 rund 760 junge Menschen in Kriegsgebiete wie Syrien oder Irak ausgereist. Viele von Ihnen kehren hochgradig radikalisiert zurück. Auch viele junge Hessen, die meisten aus dem Rhein-Main-Gebiet, werden im Bürgerkrieg in Syrien vermutet. Zugleich sind an die 1200 Salafisten in Hessen aktiv, mit dem Ziel, junge Menschen in Schulen und Jugendtreffs zu rekrutieren. Während einerseits die Zahl der Ausreisen etwas abgenommen hat, haben sich die Radikalisierungsverläufe mit einer Zeitspanne von unter einem Jahr dramatisch zugespitzt. Zugleich ist der Anteil an radikalisierten Mädchen und jungen Frauen signifikant angestiegen, wie eine Analyse des Bundeskriminalamtes und des Hessischen Kompetenzzentrums gegen Extremismus im Hessischen Innenministerium nahelegt.

„Die bisherige Arbeit der ‚Beratungsstelle Hessen – Religiöse Toleranz statt Extremismus‘ in Trägerschaft von Violence Prevention Network hat gezeigt, dass ein sehr großer Beratungs- und Unterstützungsbedarf bei betroffenen Eltern, Jugendlichen und gesellschaftlichen Institutionen vorhanden ist“, so Innenminister Peter Beuth.

Interessierte Jugendliche, Eltern, Angehörige sowie Institutionen können sich mit ihren Anfragen unter der Telefonnummer 069 27 29 99 97 an die Beratungsstelle wenden.

### **Für Presse- und Interviewanfragen kontaktieren Sie bitte:**

Cornelia Lotthammer (V.i.S.d.P.), Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Telefon: (030) 36 46 04 09 / 0179 455 31 78

[presse@violence-prevention-network.de](mailto:presse@violence-prevention-network.de)

[www.violence-prevention-network.de](http://www.violence-prevention-network.de)

[www.tränen-der-dawa.de](http://www.tränen-der-dawa.de)

[www.facebook.de/violencepreventionnetworkdeutschland](https://www.facebook.de/violencepreventionnetworkdeutschland)

---

### **Über Violence Prevention Network**

Violence Prevention Network arbeitet seit fünfzehn Jahren mit Männern, die wegen rechtsextremistisch oder islamistisch motivierter Gewalttaten inhaftiert sind sowie mit jungen Menschen, die drohen, sich zu radikalisieren. Mehr als 1000 ideologisierte Gewalttäter haben bereits am Gefängnis-Programm „Verantwortung übernehmen – Abschied von Hass und Gewalt“ teilgenommen, und die Erfolgszahlen sprechen für sich: Von den Teilnehmern wurden nur 13,3 Prozent wegen einer Gewalttat re-inhaftiert; im bundesdeutschen Durchschnitt sind es 41,5 Prozent.

Im Auftrag des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge berät Violence Prevention Network seit 2013 in Bayern, Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Hessen Angehörige von radikalisierten Jugendlichen, die als „Foreign Fighters“ in Kriegsgebiete ausreisen wollen oder bereits ausgereist sind. Im Rahmen von Beratungsstellen in Berlin, Frankfurt, München und Stuttgart bietet Violence Prevention Network Workshops an Schulen und Fortbildungen für MultiplikatorInnen sowie Deradikalisierungstrainings und Ausstiegsbegleitung für Extremisten an.

Violence Prevention Network ist ein Verbund erfahrener Fachkräfte, die seit Jahren mit Erfolg in der Deradikalisierungsarbeit und Extremismusprävention tätig sind. Mehrere Bundesministerien, die Justizbehörden zahlreicher Bundesländer sowie viele andere institutionelle Partner arbeiten mit Violence Prevention Network zusammen und schätzen die hohe fachliche Kompetenz und das gute Renommee des Vereins.